



Gewerkschaft begrüßt CDU-Vorstoß zum Polizeigesetz DPoIG: „Es muss den Bürgern aber erklärt werden“

Die Deutsche Polizeigewerkschaft (DPoIG) in Bremen begrüßt den CDU-Vorstoß zur Novellierung des Polizeigesetzes. Der Landesvorsitzende der Gewerkschaft, Jörn Schulze, sagte dazu: „Die Anpassung des Polizeigesetzes an die sicherheitspolitischen Herausforderungen ist längst überfällig, das Verhalten des Senats in dieser Frage absolut unverständlich. Bremen droht zu einer unsicheren Insel in einem Land zu werden, das die Sicherheit seiner Bürgerinnen und Bürger als hohes Gut betrachtet und schützen will.“

Es sei traurig, dass es die Parteien mit Regierungsverantwortung nicht schafften, ihrer Verpflichtung gerecht zu werden. „Dass die Opposition in die Bresche springt, ist daher lobenswert.“ Nun sei es aber an der CDU, die über den ursprünglichen Entwurf des rot-grünen Senats hinausgehenden Maßnahmen zu erläutern und den Menschen die Sorge zu nehmen, dass mit dem Gesetz der Überwachungsstaat kommen werde, so Schulze weiter. „Die Bedeutung einzelner Änderungen und Ergänzungen muss den Bürgerinnen und Bürgern erklärt werden.“

Gleichzeitig kritisierte er die Haltung der Grünen, deren Fraktionsvorsitzende Maike Schäfer den Entwurf der CDU mit dem Hinweis auf Bürgerrechte und Freiheiten ablehnt: „Schutz und Sicherheit sind ebenfalls elementare Bürgerrechte, sie sind die Grundlage für Freiheit und Demokratie. Ohne eine starke Polizei, die Freiheit und Sicherheit gewährleistet, ist kein Staat zu machen. Mit dem Hinweis auf Bürgerrechte ein Gesetz zu verhindern, dessen Gestaltung in die eigene Verantwortung gefallen wäre und verpatzt wurde, ist geradezu frech.“

Das Parlament solle nun seiner Verantwortung nachkommen. „Ich erwarte, dass diesmal ein Gesetzgebungsprozess in Gang kommt, bei dem am Ende die Verabschiedung eines ordentlichen und sinnvollen Polizeigesetzes steht, und nicht die trotzige Verhinderung des Gesetzes aus rein ideologischen Erwägungen,“ so Schulze abschließend.